

# **Der Kapitalismus in der Legitimationskrise: Die Zustimmung schwindet. Gibt es eine Alternative?**

**Prof. David Schweickart  
Vortrag bei Attac München, 11. Oct. 2011**

## **Kurzfassung des Vortragsmanuskripts<sup>1</sup>**

Im Herbst 2008 zeigten sich mehr und mehr Zerfallserscheinungen der US-Wirtschaft. Ich gab gerade ein Seminar über Marx. Eines der Bücher, die die Studenten lesen sollten, war *“Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus”* (1973) von Jürgen Habermas, eines seiner Frühwerke. Ich hatte das Buch früher schon verwendet. Diesmal las es sich anders. Und es liest sich heute nochmal anders.

### **Teil I. Die Legitimationskrise**

1973, als das Buch *“Legitimationsprobleme”* erschien, bezeichnete Habermas sich als Marxist (nicht in dem Buch selbst, aber in einem Interview). Das Buch zeigt aber, dass er Marx nicht in allen Punkten recht gibt.<sup>2</sup> Marx hat recht, sagt er, dass die Geschichte der Menschheit eine Richtung hat und dass es eine Folge von Entwicklungsstufen gibt. Marx hat auch recht, dass der Fortschritt der Technik und der Kampf der Klassen die wichtigsten Gründe für die sozialen Veränderungen sind.

Marx hat aber unrecht mit seinem Glauben, dass eine schwere Wirtschaftskrise quasi von selbst ein revolutionäres Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse bewirkt. Die Verwandlung einer „objektiven“ Krise in eine „subjektive“ ist komplizierter, als Marx dachte. Damit sich ein sozio-ökonomisches System radikal ändert, muss die „Systemkrise“ zu einer „Identitätskrise“ werden, das heißt, die Wirtschaftskrise muss irgendwann die *Selbstwahrnehmung* von genügend vielen Leuten derart aufrütteln, dass sie sich trauen und sich veranlasst sehen, die Verhältnisse zu ändern. Ob es so weit kommt, hängt von psychologischen und kulturellen Bedingungen ab, die ganz unabhängig von der Schwere der ökonomischen Krise sind.

Wie steht es mit dem Kapitalismus? Ist er in Sicherheit? Um die heutigen „Krisentendenzen“ zu verstehen, sagt Habermas, müssen wir uns klar machen, dass der heutige „Spätkapitalismus“ deutlich verschieden ist vom „liberalen Kapitalismus“ zu Zeiten von Marx. Einer der Unterschiede ist offensichtlich: *Heute kümmert sich der Staat um das Funktionieren der Wirtschaft*. Seine Wähler erwarten, dass er eingreift, sobald die Wirtschaft in Schwierigkeiten gerät.

Aber wird staatliches Eingreifen Erfolg haben? Was ist, wenn es schiefliegt? Dies sind die Fragen, um die es heute geht. Dies sind die Fragen, über die Habermas vor 38 Jahren intensiv nachdachte.

Nach Habermas muss man zwischen vier Arten von Krisen unterscheiden:  
**Wirtschaftskrise, Rationalitätskrise, Legitimationskrise und Motivationskrise.**

**Wirtschaftskrisen** sind das, was wir alle kennen: eine deutliche Inflation oder eine Rezession oder beides zusammen. Eine „**Rationalitätskrise**“ gibt es in der Politik, wenn der Staat wegen widersprüchlicher Forderungen der Interessensgruppen kein Mittel gegen die Krise findet. (Man denke an den US Kongress dieser Tage.) Eine **Legitimationskrise** tritt ein, wenn die Menschen

den Glauben an das System verlieren. Eine **Motivationskrise** liegt vor, wenn die Menschen nicht mehr einsehen, warum sie noch im System mitmachen sollten.

## Teil II. Die aktuelle Wirtschaftskrise

Lassen wir Habermas einen Moment beiseite. Wir kommen auf ihn zurück. Sehen wir uns die heutige Situation näher an, was aktuell auf uns zu kommt. Wir sind mitten in einer ökonomischen Krise. (Ich bin überzeugt, dass noch immer Krise herrscht, auch wenn die technischen Indikatoren so aussehen, als wäre die Rezession vorbei.)

Wie kam es zur Krise? Betrachten wir den Verlauf der Krise, wie er in den USA stattfand. (Ich konzentriere mich auf die USA, weil die Krise hier der Auslöser für die weltweite Krise war, und außerdem kenne ich die US-Verhältnisse am besten. Es mag Unterschiede zwischen den Ländern geben, aber die zugrundeliegenden Probleme sind überall dieselben.)

Lassen wir mal die übliche Erzählung, wie es zur Krise kam, beiseite, also die Immobilienblase, die wackeligen Hypothekenkredite, die Gier an der Wall Street usw., und betrachten wir eine tiefere Analyse, die sich an Marx und Keynes orientiert.

Fangen wir mit der Marx'schen Erkenntnis an: Die offensichtlich irrationalen „Überproduktionskrisen“ des Kapitalismus wurzeln in einer Institution, die für den Kapitalismus grundlegend ist: der *Lohnarbeit*. Lohnarbeit beinhaltet nämlich einen *Widerspruch*: Einerseits gehören die Löhne zu den Produktionskosten, so dass die Kapitalisten sie möglichst niedrig halten wollen. Andererseits müssen die Firmen die produzierten Waren verkaufen, wofür die Löhne hoch sein sollten, um ausreichend Nachfrage zu generieren. Dies führt zu einer dauernden Krisenanfälligkeit: Wenn die Produzierenden nicht das Geld haben, um das, was produziert wurde, zu kaufen, dann wird die Produktion zurückgefahren, Arbeiter werden entlassen, die Nachfrage fällt weiter ... wir haben die übliche Rezessionsspirale nach unten.

„Moment mal!“ könnten Sie hier rufen, „nicht so voreilig. Die Arbeiter sind doch nicht die einzigen, die Waren erwerben. Auch Kapitalisten tun das. Wenn die Lücke zwischen dem, was produziert wurde, und dem, was Arbeiter kaufen können, gefüllt wird durch die Einkäufe der Kapitalisten, dann gibt es keine Krise.“

Wir stoßen hier auf ein Thema, bei dem sich die Analyse von Marx unterscheidet von derjenigen von John Maynard Keynes, dem großen Ökonom des 20. Jahrhunderts, dessen Theorien den Grundstein legten für die Umwandlung des *Laissez-Faire-Kapitalismus* von vor der Weltwirtschaftskrise in den **sozialdemokratischen Kapitalismus** (in Deutschland Soziale Marktwirtschaft genannt, Anm. des Übs.), den wir seit der Nachkriegszeit bis heute haben. Während Marx den beschränkten Konsum seitens der Arbeiter im Auge hat, betrachtet Keynes das Verhalten der Kapitalisten. Folgen wir einmal der Keynes'schen Argumentation.

Wofür geben Kapitalisten Geld aus? Für Konsumgüter, ja sicher, allerdings nicht annähernd genug, um damit die Lücke zu schließen. Es ist ein grundlegendes Merkmal der kapitalistischen Gesellschaft, dass die Kapitalisten den Mehrwert, den die Arbeiter erschaffen, *nicht* einfach aufessen. Der Kapitalismus erhält seine überragende Dynamik dadurch, dass Kapitalisten regelmäßig einen Teil ihrer Profite *re-investieren*, um in Zukunft noch größere Ernte einfahren zu können.

Aber was heißt „Re-Investition“ in konkreten, materiellen Begriffen? Nun, es heißt Einkauf von Kapitalgütern statt Konsumgütern, also Einkauf der zusätzlichen Maschinen und des Rohmaterials, das in der nächsten Produktionsperiode dazu dienen wird, mehr herzustellen als in der vorhergehenden Periode. Solange der Kapitalist investiert, kann die Wirtschaft weiter

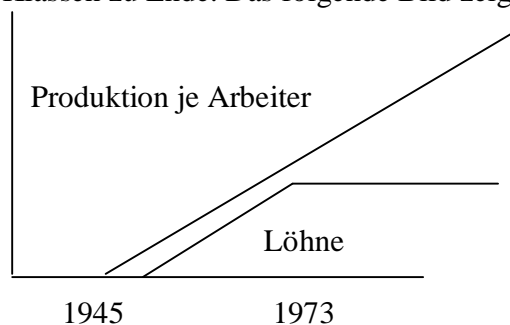
wachsen, kann sie gesund bleiben, und eine Rezession wird vermieden. Aber – betont Keynes – wenn die Kapitalisten *nicht* investieren, dann sackt die Wirtschaft in sich zusammen.

Außerdem wendet die „unsichtbare Hand“ des Marktes, wie Keynes ausführt, nicht immer alles zum Guten. Im Gegenteil, die Marktanreize machen oft alles noch schlimmer: Wenn die Wirtschaft zu stottern anfängt, kommt es zu Preisverfall, Firmen gehen bankrott, Mitarbeiter werden entlassen, die Nachfrage fällt noch mehr, usw. Deshalb *muss* der Staat eingreifen, wenn eine Rezession bevorsteht. Wenn der Staat nicht schnell und entschlossen handelt, kann sich eine Rezession zu einer veritablen Depression auswachsen.

Was sollte der Staat tun? Die „Wirtschaftsweisen“ der letzten drei Jahrzehnte legten ihr Augenmerk auf die *Geldpolitik*: Man Sorge für eine stetige Zunahme des Geldangebots, damit immer Kredit verfügbar ist zur Ausweitung der Geschäfte. Solche Geldpolitik ist zwar typisch keynesianisch, aber Keynes – und seine radikaleren Nachfolger – haben noch etwas anderes gefordert, nämlich *Ausgabenpolitik*: der Staat soll in großem Stil Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst schaffen sowie Aufträge vergeben, wobei die Ausgaben dafür sogar die Steuereinnahmen übersteigen dürfen, wenn es um die Abwehr einer Rezession geht.

Jedoch: Weder die Geldpolitik noch die Ausgabenpolitik berücksichtigen die oben erwähnte Marx'sche Erkenntnis vom Widerspruch der Lohnarbeit. Was ist, wenn in echt *die Löhne zu gering* sind? Für Habermas war ein wesentliches Kennzeichen des „Spätkapitalismus“, dass in ihm gleichsam ein politischer Klassenkompromiss gilt, der es den Arbeitern erlaubt, sich zu organisieren und gemeinsame Forderungen zu stellen, so dass die Arbeiter am Produktivitätsfortschritt teilhaben können. Dieser Kompromiss funktionierte seit 1945 mehrere Jahrzehnte lang, unterstützt durch die keynesianische Geld- und Ausgabenpolitik. Das Ergebnis war das, was manchmal das „Goldene Zeitalter des Kapitalismus“ genannt wird.

Aber dann passierte etwas Seltsames. Ab der Mitte der 1970er Jahre hörten die Reallöhne – zumindest in den USA – zu steigen auf; das heißt, just zu der Zeit, als das Buch „Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus“ herauskam, ging der sozialdemokratische Kompromiss zwischen den Klassen zu Ende. Das folgende Bild zeigt es graphisch:<sup>3</sup>



Wie ist das möglich – ein ständiges Auseinanderdriften der Produktivitätszunahme und der Arbeitslöhne? Wer hat all die produzierten Waren gekauft? Wieso war die Wirtschaft in den letzten 25 Jahren oder so nicht in einer dauernden Rezession – wie es gemäß der Marx'schen Analyse der Fall hätte sein müssen?

Ein Teil des Geldes wurde in die reale Wirtschaft investiert – das war der Grund, warum die Produktivität weiter gewachsen ist. Ein weiterer Teil des Mehrwerts floss in den immer ausschweifenderen Lebenswandel der Superreichen. Aber trotz all ihrer Yachten und Villas und Privatjets – die reichsten ein oder zwei Prozent der Bevölkerung können beim besten Willen nicht annähernd genug konsumieren, um die Wirtschaft am Wachsen zu halten.

Ein anderer, weitaus größerer Anteil der Gesamtprofite wurde an die Arbeiterklasse *verliehen*. Dies ist die entscheidende Antwort. De facto hat die Kapitalistenklasse, anstatt Lohnerhöhungen zuzustimmen, einen großen Teil ihrer Gewinne als *Darlehen* an die Arbeiterklasse vergeben – rückzahlbar mit Zinsen, natürlich. Dieselbe Strategie kam gegenüber dem Staat zur Anwendung: Anstatt sich den höheren Steuersätzen zu beugen, zu denen sie in früheren Zeiten einmal gezwungen waren, gaben die Reichen ihr Geld dem Staat in Form von Krediten, wofür sie bekanntlich Zinsen kassieren – das ist der Grund für die explodierenden Staatsschulden.

Die Logik lehrt: Was nicht weitergehen kann, geht nicht weiter. Angewendet auf unsere heutige Lage: Das Schuldenniveau kann nicht ständig zunehmen, wenn gleichzeitig die Einkommen auf der Stelle treten. Früher oder später geraten die Zinszahlungen außer Kontrolle.

Könnten wir nicht einfach das System reformieren und zurückkehren zu der guten alten Sozialen Marktwirtschaft mit ihren relativ hohen Löhnen? Diese Idee ist offenbar undurchführbar. Wir leben heute in einer globalisierten Welt. Ein hohes Lohnniveau treibt die Firmen außer Landes. Tatsache ist, dass genau dieser Druck, international wettbewerbsfähig zu sein, der Hauptgrund ist, warum der sozialdemokratische „Klassenkompromiss“ aufgekündigt wurde.

Was tun? Mit Ernüchterung stellen wir fest, dass die traditionellen Keynes'schen Maßnahmen, von der Art wie Präsident Roosevelt sie anwendete und wie sie jetzt von Obama verlangt werden, nicht das Ende der Großen Depression der 1930er Jahre gebracht haben. Wie Paul Krugman klarstellt, brauchte es „das gigantische Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Zweiter Weltkrieg genannt wird – ein Projekt, das schließlich die Pfennigfuchser zum Schweigen brachte – damit die Große Depression überwunden wurde.“<sup>4</sup>

Nun, ein Dritter Weltkrieg findet nicht statt. Unsere peinlichen, tragischen Debakel im Irak und in Afghanistan haben klar die Grenzen konventioneller Kriegsführung aufgezeigt, und keine Großmacht ist gegenwärtig so verrückt, einen Nuklearkrieg vom Zaun zu brechen. Dies ist keine schlechte Nachricht – für die Menschheit. Aber es verschließt einen der Keynes'schen Auswege aus der gegenwärtigen Krise.

Wenn also die Keynes'sche Geld- und Haushaltspolitik nicht die Krise beenden kann, und wenn es keinen großen Krieg gibt, der die Wirtschaft aus dem Sumpf zieht, was *bleibt* uns dann zu tun? Ehrlich gesagt, ich sehe keinen Weg, wie wir aus dem wirtschaftlichen Schlamassel, in dem wir stecken, herauskommen – außer einer Umstrukturierung der zentralen Einrichtungen unserer Wirtschaft in einer Weise, die deutlich über das hinausgeht, was zurzeit sogar von den radikalsten unter den „respektierten“ Meinungen in Betracht gezogen wird.

Kann sein, dass ich mich irre. Vielleicht schafft es eine Kombination aus umsichtiger Politik und glücklichen Umständen, die Arbeitslosigkeit auf akzeptablere Werte zu senken, oder vielleicht gewöhnen wir uns einfach an die „neue Normalität“. Aber sogar, wenn einer dieser Fälle eintritt, sind wir noch lange nicht in Sicherheit. Denn hinter der nächsten Ecke wartet bereits die nächste große Krise, eine, die Habermas schon vor achtunddreißig Jahren weitsichtig vorhergesagt hat.

### **Teil III. Zurück zu Habermas**

Wie man an der jetzigen Krise sieht, braucht der Kapitalismus, um gesund zu bleiben, *wirtschaftliches Wachstum*. Wenn das Wachstum ins Stocken gerät, erfolgt nicht etwa ein gleitender Übergang in eine stationäre Wirtschaft ohne Wachstum. Sondern: der Crash. Daher rudern wir, sobald das Wachstum zurückgeht, wie verrückt herum, um die Leute wieder zum

Kaufen und Konsumieren zu überreden. Dieser Zwang zu Wachstum konfrontiert uns jedoch mit einem tiefgreifenden Problem. Habermas nannte es das „ökologische Ungleichgewicht“:

Den etablierten Wachstumsmechanismen ... stehen als materielle Grenzgrößen gegenüber: einerseits endliche Ressourcen (die Fläche bebaubaren und bewohnbaren Landes sowie Frischwasser... ferner nicht-regenerierende Rohstoffe...); andererseits nicht ersetzbare ökologische Systeme, welche Schadstoffe wie radioaktive Abfälle oder *Kohlendioxid* ... absorbieren.<sup>5</sup>

Diese Worte wurden vor einem Drittel Jahrhundert geschrieben. Sie stimmen offenbar auch heute noch.

Meine Argumentation bis hierher zielte darauf ab, zwei Behauptungen aufzustellen: 1) Die Politik hat im jetzigen System offenbar nicht die Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. 2) Auch wenn wir mit einer Mischung aus Keynes'scher Makro-Ökonomie und Glück doch noch einmal ein kräftiges Wachstum entfachen können, so werden wir einer weiteren Krise gegenüberstehen, und zwar einer, die noch hartnäckiger und womöglich noch niederschmetternder ist. Wir stecken also in der Klemme: Zur Bekämpfung der Rezession sollen wir kaufen, kaufen, kaufen, sagen uns die Ökonomen – während uns die Ökologen warnen, dass unser übermäßiger Konsum den Planeten zerstört. In Habermas' Worten: Wir sind in eine typische *Rationalitätskrise* geraten. – Was folgt daraus?

Eine Revolution? Nein – zumindest nicht kurzfristig und nicht zwangsweise. Nach Habermas kann eine Systemveränderung erst dann eintreten, wenn die Rationalitätskrise in eine Legitimationskrise eingemündet ist. Dies ist noch nicht geschehen, zumindest noch nicht vollständig, obwohl wir uns ganz klar in die Richtung bewegen. Gegenüber den Eliten, die in unserem Land den Ton angeben, besteht ein weitverbreitetes Misstrauen, mehr als je zuvor in der neueren Geschichte.

Und wenn tatsächlich eine Legitimationskrise da ist, was kommt dann? Nach Habermas ist der nächste Schritt die „Motivationskrise“. Aber was genau soll das sein?

Habermas' Diskussion dieser Krisenstufe ist verblüffend in den Details, aber weniger deutlich als die Diskussion der anderen Stufen, wenn es um das Ergebnis geht. Seine Kernthese ist, dass die bisherigen Wertvorstellungen, die für das Funktionieren des Kapitalismus wesentlich sind, immer mehr zerstört werden, und gleichzeitig wird das Entstehen neuer Werte, die das Funktionieren sichern könnten, durch die Entwicklungslogik der modernen Ethik verhindert. Diese Entwicklungslogik zielt auf *allgemeingültige Werte*, und – seine Hauptaussage – solche Werte vertragen sich nicht mit dem Kapitalismus.

Das will ich versuchen zu erklären. Der Spätkapitalismus ist zwar von der Form her eine Demokratie, aber seine Existenz hängt vom stillschweigenden, *passiven* Einverständnis der Bürger ab, dass sie von denjenigen regiert werden, die die Interessen der Kapitalistenklasse vertreten. Dieses Einverständnis steht jedoch im Widerspruch damit, dass „die politischen Theorien der bürgerlichen Revolution ... noch die *aktive* staatsbürgerliche Teilnahme an einer demokratisch organisierten Willensbildung“ forderten [Legitimationsprobleme, Seite 108].

Laut Habermas wurde dieser Widerspruch, diese Spannung, bisher im Zaum gehalten durch die autoritären Überbleibsel der vor-bürgerlichen Kultur. Wir waren seit je darauf dressiert, die Herrschaft einer Elite zu akzeptieren, die Regierung der Altvorderen, die es immer am besten wissen. Aber das Patriarchat, und mit ihm die „autoritäre Persönlichkeit“, über die die Vertreter der Kritischen Theorie so besorgt waren, weil sie darin die psychologische Ursache des

Faschismus sahen, ist am Verschwinden. Die autoritäre Vaterfigur hat weitgehend ausgedient, teils als Folge der Frauenemanzipation, teils wegen demokratischerer Methoden in Erziehung und Bildung.

Dazu kommen weitere Motivationsprobleme. Eine gute Ausbildung bewirkt heute nicht mehr automatisch eine entsprechende Anstellung. Immer mehr junge Leute genießen eine immer längere Ausbildung, aber „der Zusammenhang zwischen formaler Schulbildung und beruflichem Erfolg ... dürfte sich lockern“ [Legitimationsprobleme, S. 114]. „Im übrigen dringen fragmentierte und monotone Arbeitsvorgänge zunehmend auch in Sektoren ein, in denen bisher eine Identität über die Berufsrolle ausgebildet werden konnte. Eine intrinsische Leistungsmotivation wird in marktabhängigen Arbeitsbereichen durch die Struktur der Arbeitsprozesse immer weniger gestützt.“ [S. 115]

Gesetzt den Fall, es träte tatsächlich eine tiefe „Motivationskrise“ ein. Wie würde sie gelöst werden? Ein Zusammenbruch der Gesellschaft scheint die logische Konsequenz, auch wenn Habermas das so nicht sagt. Habermas fürchtet, dass das heutige System abgelöst wird von „einem Verwaltungsapparat, der sich von Parteien und Öffentlichkeit abschirmt“, ein System, das keine Legitimation mehr *braucht*, aber Habermas sträubt sich gegen die antidemokratische Behauptung, dass dies der einzig mögliche Weg für hochkomplexe Gesellschaften sei.<sup>6</sup> Habermas' *Hoffnung* ruht auf der Jugend, die mehr Ausbildungszeit durchläuft als je zuvor, die weniger anfällig ist für autoritäre (faschistische) Führer, und die immer mehr von universellen Werten erfüllt ist.

Aber was sollen die jungen Leute tun? Sie sollten nicht „den Rückzug in eine marxistisch verbrämte Orthodoxie“ antreten, denn wir brauchen „theoretische Klarheit darüber ..., was wir nicht wissen.“ Stattdessen ist die junge Generation aufgerufen, „die Grenzen der Belastbarkeit des Spätkapitalismus sinnfälligen Tests auszusetzen, ... und den Kampf aufzunehmen gegen die Stabilisierung eines naturwüchsigen Gesellschaftssystems über den Köpfen seiner Bürger,“ ein System, das ein Prinzip missachtet, auf das Habermas auf keinen Fall verzichten will, nämlich die „alteuropäische Menschenwürde“. [S. 195, 196]

Mit diesen Worten endet das Buch „*Legitimationsprobleme*“ und entlässt den Leser angefüllt mit Kritik, mit Protest, mit Kampfgeist – aber ohne einen irgendwie gearteten Hinweis darauf, welches positive Programm die „jungen Radikalen“ nun verfolgen könnten.

#### **Teil IV. Über Habermas hinaus, zurück zur Gegenwart, und weiter zur Zukunft**

Wir sollten es Habermas nicht als Fehler ankreiden, dass er uns zur damaligen Zeit noch keinen Entwurf einer besseren Gesellschaft geliefert hat. Es gab damals, wie Habermas erkannte, noch zu viel, das man noch nicht wusste. Man denke z.B. an die ökonomischen „Experimente“, die damals in voller Blüte standen: Die Sowjetunion mit ihrer zentralen Planwirtschaft war noch nicht in ihr Zerfallsstadium eingetreten. China unter Mao warb für einen eigenen „chinesischen Weg zum Sozialismus“. Es gab in Ungarn Versuche mit Märkten unter sozialistischen Vorzeichen. Jugoslawien probierte sowohl Marktstrukturen als auch Arbeiterselbstverwaltung aus. Wie würden all diese Projekte sich entwickeln?

Wir wissen heute mehr als damals – und wir stecken mitten in einer Wirtschaftskrise, die weit ernster ist als alles, was wir bisher seit der Nachkriegszeit im Westen erlebt haben. Wie ist nun die Lage? Welche Alternativen stehen *uns* zur Verfügung? Zumindest vier fallen mir ein:

- ◆ Eine Rückkehr zum „goldenen Zeitalter“ der Sozialen Marktwirtschaft. Ich habe bereits dargestellt, dass dies nicht möglich ist.

- ◆ Faschismus. Diese Option ist ebenfalls unwahrscheinlich – obgleich der Aufstieg der Tea-Party-Bewegung in den USA und der ausländerfeindlichen Parteien in Europa etwas Unbehagen verursachen. Aber Faschismus als Wirtschaftsform (autoritärer Kapitalismus) ist mehrmals ausprobiert worden, nicht nur von Mussolini und Hitler, sondern auch von vielen antikommunistischen Militär- oder Zivildiktaturen seit dem Zweiten Weltkrieg. Keine dieser Ökonomien war erfolgreich. Keine dieser aggressiven Regime hat überlebt.
- ◆ Verwaltete Stagnation? Dies ist Paul Krugmans aktuelle Vorhersage: „katastrophal hohe Arbeitslosigkeit, die jahrelang anhält“:

Alle Wirtschaftsexperten sagen uns, dass 8 oder 9 Prozent Arbeitslosigkeit – vielleicht gar 10 Prozent – die „neue Normalität“ sind, und dass nur verantwortungslose Gesellen dagegen irgendwelche Maßnahmen ergreifen wollen.<sup>7</sup>

Aus meiner Sicht ist dies für die nahe Zukunft das wahrscheinlichste Szenario. Wie steht's mit der ferneren Zukunft?

- ◆ Eine neue Form eines demokratischen Sozialismus? Hm. Denken wir mal drüber nach.

Hier möchte ich eine grundlegende Erkenntnis aussprechen: Ein Eine demokratische Wirtschaft mit Vollbeschäftigung ist möglich, die immun ist gegen Finanzspekulationen mitsamt deren verheerenden Folgen, und die – was mindestens ebenso wichtig ist – kein Wachstum braucht, um gesund zu bleiben. Diese Erwartung ist ein „Traum“ – aber kein unmöglicher Traum.

Wie würde solch eine Wirtschaft aussehen? Ich möchte eine Variante vorstellen, von der ich, nachdem ich an diesem Thema die längste Zeit meines akademischen Lebens gearbeitet habe, überzeugt bin, dass sie einerseits ökonomisch lebensfähig ist und andererseits nicht betroffen ist von den großen Fehlern des Kapitalismus – die neben der Krisenanfälligkeit und der Umweltschädigung noch folgende Defekte umfasst:

- Gigantische Ungleichheit.
- Zunehmende Arbeitslosigkeit struktureller Natur, daher nicht vorübergehend.
- Arbeitsverdichtung und –intensivierung – für die, die Arbeit haben
- Wachsende Armut inmitten nie da gewesenen materiellen Reichtums.
- Aushöhlung der Demokratie.

Ich will nicht mit einem abstrakten Modell anfangen, sondern mit dem, was wir heute auf Basis der ökonomischen Experimente des vergangenen Jahrhunderts sicher wissen.

- ◆ Wir wissen jetzt, dass Märkte mitsamt Wettbewerb notwendig sind für das Funktionieren einer komplexen, hochentwickelten Wirtschaft. Dies ist die *negative* Lektion aus den sozialistischen Experimenten des 20. Jahrhunderts. Märkte können nicht pauschal durch Planung ersetzt werden.

- ◆ Wir wissen jetzt, dass eine Art demokratischer Investitionssteuerung wesentlich ist für eine vernünftige, stabile und nachhaltige Entwicklung – in den einzelnen Ländern wie auch für die Weltwirtschaft als Ganzes. Dies ist die *negative* Lehre aus den neoliberalen Experimenten der letzten dreißig Jahre. Man kann den Finanzmärkten nicht trauen. Wir brauchen eine Art „Investoren-Demokratie“ als Ergänzung zur „Verbraucher-Demokratie“ des Marktes für Waren und Dienstleistungen.

Und noch etwas wissen wir nun – zumindest diejenigen von uns, die sich für solche Fragen interessieren. Tatsache ist, dass leider die meisten Leute die folgende wichtige Tatsache *nicht* kennen.

- ◆ Wir wissen, dass Industrieunternehmen *demokratisch* gemanagt werden können, ohne dass die Produktivität zurückgeht, und oft sogar mit dem Ergebnis einer Produktivitätserhöhung – und auf jeden Fall mit großem Zugewinn im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherheit. Dies ist die positive Lehre aus einer Vielzahl kürzlich durchgeführter Experimente mit alternativen Formen der Betriebsorganisation.

Da wir nun dies wissen, wie könnten wir eine Wirtschaft, wie z.B. die unsere (in den USA und darüber hinaus, Anm. Achim) so umgestalten, dass eine ökonomisch lebensfähige neue Wirtschaftsform herauskommt, die deutlich weniger anfällig ist für die kapitalistischen Mängel, die oben genannt wurden? Hierzu möchte ich die sogenannte „Economic Democracy“ (ED, „Wirtschaftsdemokratie“) skizzieren. Fangen wir mit ihren drei Hauptmerkmalen an.

- ◆ *Ein auf Wettbewerb beruhender Markt für Waren und Dienstleistungen.* Die Economic Democracy ist eine auf Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft. Die Anreize für die Firmen, ihre vorhandenen Mittel wirksam einzusetzen, Modernisierungen durchzuführen und sich wirklich nach den Kundenwünsche zu richten, bleiben bestehen.
- ◆ *Demokratie am Arbeitsplatz:* Der größte Teil der Unternehmen (aber nicht alle) werden von der Belegschaft selber demokratisch geführt, wobei die Einkommen der Mitarbeiter keine Löhne mehr sind, sondern Anteile am Gewinn der Firma (wobei die Anteile unterschiedlich groß sein können). Die Mitarbeiter wählen, alle mit gleichem Stimmrecht, einen Betriebsrat, der die Rolle des heutigen Aufsichtsrats übernimmt, nämlich die Ernennung der obersten Manager und die Überwachung der wichtigsten strategischen Beschlüsse.
- ◆ *Demokratische Investitionskontrolle:* Die privaten Finanzmärkte werden durch öffentliche Investmentbanken abgelöst. Das Kapital für Investitionen entsteht nicht mehr durch Spareinlagen von Privatleuten, sondern durch eine fixe Kapitalnutzungssteuer, die von allen Geschäftsunternehmen erhoben wird. (Es ist wichtig, zwischen privaten Spareinlagen und Investitionskapital zu unterscheiden – nur so können wir demokratische Kontrolle über letzteres erlangen.) Diese Steuereinnahmen werden weitergereicht an regionale und lokale Kreditanstalten, wobei jede Region ihren proportionalen Anteil entsprechend ihrer Bevölkerungszahl erhält. Alle eingesammelten Steuergelder werden in die Wirtschaft zurückinvestiert, wobei Kredite nur an solche Projekte vergeben werden, die absehbar einen positiven Gewinn erzielen werden – aber unter diesen haben diejenigen Projekte Vorrang, die die größere Zahl von Arbeitsplätzen schaffen.



Zu diesen drei Hauptkomponenten (der Markt, die Arbeitsplatzdemokratie und die gesellschaftliche Investitionssteuerung) kommen drei Ergänzungen:

- ◆ Der Staat fungiert als *Reserve-Arbeitgeber*: Alle Menschen, die arbeiten können und wollen, bekommen einen Arbeitsplatz.
- ◆ Ein Netz von *Sparkassen*, privat oder genossenschaftlich betrieben, steht zur Verfügung, um Bauspardarlehen und andere Verbraucherkredite zu vergeben. (In der Economic Democracy wird Kapital, das die Firmen für ihre Investitionen bekommen, klar getrennt von den Krediten, die an Verbraucher gegeben werden.)
- ◆ Die Economic Democracy wird einen kleinen kapitalistischen Sektor beibehalten, der nur Firmen mit wenigen Mitarbeitern, sowie größere Unternehmen, die noch vom Firmengründer selbst geführt werden, enthält. (Eine vom Gründer selbst geführte Firma ist eine, wo die Firmengründer aktiv an der Geschäftsführung beteiligt sind. Wenn der Unternehmer sich zur Ruhe setzen oder sich auszahlen lassen will, dann kann er die Firma nur an den Staat verkaufen, der die Firma dann umgehend an die Belegschaft übergibt zwecks Weiterführung der Firma auf demokratischer Basis.)

Nun möchte ich Sie einfach bitten, mir zu glauben (oder wenigstens Unglauben etwas zurückzustellen), dass solch ein System ökonomisch lebensfähig ist. Ich habe diese Frage an vielen Stellen ausführlich diskutiert, zuletzt in der zweiten Ausgabe meines Buches *After Capitalism*, welche gerade erschienen ist.<sup>8</sup> Die wichtigste Aussage, die ich hier machen möchte, ist, dass die Economic Democracy nicht für die Art von Krisen anfällig ist, die wir gerade erleben.

Die Economic Democracy ist aus einem ganz einfachen Grund gegen kapitalistische Wirtschaftskrisen gefeit: Abgesehen von den örtlichen Sparkassen und Bausparkassen gibt es **keine privaten Finanzmärkte in der Economic Democracy**. Somit gibt es keine Möglichkeit für Finanzspekulationen und keine Möglichkeit für unvernünftige, übermütige finanzielle Abenteuer.

Denn das Finanzsystem der ED ist völlig durchschaubar. Eine Kapitalnutzungssteuer wird von den Firmen eingesammelt und anschließend in Form von Krediten verliehen an Firmen, die sich erweitern wollen, oder an Personen, die ein Geschäft eröffnen wollen. Die Mitarbeiter der Kreditvergabeanstalten sind Angestellte im Öffentlichen Dienst, deren Gehälter davon abhängig gemacht werden, ob die vergebenen Kredite zum Erfolg führten.

Die Economic Democracy ist auch sicher vor spekulativen Übertreibungen, und sie bleibt verschont vom Kernproblem der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich der unzureichenden wirksamen Nachfrage als Ergebnis der Tatsache, dass die Löhne auf der Kostenseite der Firmenbilanz stehen. In einer demokratisch geführten Firma sind die Löhne kein Teil der Kosten. Denn die Mitarbeiter bekommen anstelle des Lohns einen vereinbarten Teil des Firmengewinns – daher kommen Produktivitätssteigerungen allen Arbeitern zugute. Es entstehen keine überschüssigen Profite, die auf der Suche nach Anlagensphären herumvagabundieren.

Wie oben gezeigt, steht der Kapitalismus vor zwei Arten von Krisen: der ökonomischen Krise, in der wir gerade stecken, und der ökologischen Krise, verursacht durch den

Wachstumszwang des Kapitalismus. Wenn es um die Vermeidung der ökologischer Krise geht, ist die Economic Democracy dem Kapitalismus überlegen, und zwar aus *strukturellen* Gründen.

Es ist seit langem bekannt, dass demokratisch geführte Firmen weniger Expansionsdrang haben als kapitalistische Firmen.<sup>9</sup> Demokratische Firmen streben nach maximalem Gewinn pro Kopf der Belegschaft – und nicht nach Maximierung des Gesamtgewinns. Anders gesagt: wenn eine kapitalistische Firma auf das Doppelte anwächst, wird sich der Profit der Eigentümer auch verdoppeln; wogegen bei einer Verdoppelung der Größe einer demokratischen Firma die Gewinnanteile für die einzelnen Mitarbeiter gleich bleiben. Somit haben demokratische Firmen keinen Anreiz, zu wachsen. Größe ist kein Vorteil – außer es sind besondere Effizienzgewinne durch die Größe realisierbar.

Außerdem – und das ist ein zweiter struktureller Grund: Da das Geld für Investitionen in der ED durch Besteuerung zusammengebracht wird anstatt durch private Geldanleger, ist die ED **nicht abhängig vom „Investorvertrauen“**. Daher muss die Wirtschaft nicht wachsen, um gesund zu bleiben. Die ED kann eine stabile, nachhaltige Nullwachstumswirtschaft sein – der Kapitalismus jedoch nicht, wie ich oben gezeigt habe.

Genau genommen ist „Nullwachstum“ ein falscher Ausdruck, denn die Produktivität wird auch in der ED noch weiter zunehmen, aber dies wird voraussichtlich mehr dazu dienen, die Arbeitszeit zu verkürzen, als den Konsum auszuweiten. Die Wirtschaft wird schon noch Wachstum generieren, allerdings vor allem Wachstum an freier Zeit anstatt der Produktionsmenge.

Interessanterweise hat Keynes selbst über ein Leben in einer Gesellschaft nachgedacht, in der sich Produktivität in Muße umsetzt. In einem bemerkenswerten Aufsatz, kurz nach Beginn der Großen Depression (um 1930) verfasst, sinniert er über die „ökonomischen Möglichkeiten für unsere Enkel.“

Wir werden die neugefundenen Wohltaten der Natur ganz anders nutzen als die Reichen es heute tun, und werden einen ganz anderen Lebensentwurf haben. ... Die Arbeit, die noch zu tun sein wird, wird so fair verteilt sein wie nur möglich – drei Stunden pro Tag, oder eine 15-Stunden-Woche. Unsere Gewohnheiten und Ansichten werden sich auch deutlich ändern. ... Ich glaube, dass wir zu einigen bewährten Prinzipien von Religion und traditioneller Tugend zurückkehren werden: dass Geiz ein Laster ist, dass das Eintreiben von Zinswucher ein Fehlverhalten ist, dass die Liebe zum Geld verabscheuungswürdig ist; dass diejenigen am sichersten auf dem Pfad der Tugend und der Weisheit wandeln, die sich am wenigsten Sorgen um den nächsten Morgen machen. Wir werden diejenigen verehren, die uns zeigen, wie wir die Stunde und den Tag gut und mutig nutzen – die glücklichen Menschen, die sich an den einfachen Dingen erfreuen können.<sup>10</sup>

Keynes schrieb das 1930, zu einer Zeit als „die herrschende Weltwirtschaftskrise, die besonders hohe Arbeitslosenrate und die katastrophalen Fehler, die wir machten, uns blind werden ließen gegenüber dem, was sich unter der Oberfläche abspielt.“<sup>11</sup> Er irrte sich natürlich. Die Enkel der Keynes'schen Generation haben zwar in einer sozialen und demokratischen Nachkriegszeit gelebt, die aus heutiger Sicht himmlisch aussieht im Vergleich zur aktuellen Rezession, aber dennoch waren sie vom „gelobten Land“ noch weit entfernt.

Keynes hatte nicht Recht – oder doch? Er hat das mit den Enkeln ja nicht wörtlich gemeint, sondern literarisch. Seine Vorhersage bezog sich auf „hundert Jahre später“, also 2030.

Kann es sein, dass „unter der Oberfläche“ gerade etwas geschieht, das uns einer nachhaltigen, demokratischen und menschlichen Welt näherbringt?

### Anmerkungen

---

<sup>1</sup> Aus dem Englischen übersetzt von Achim Brandt, achim.brandt@attac-m.org. Originaltitel: „Legitimation Crisis of Capitalism? What Might Come Next? Munich, Germany, October 11, 2011“

<sup>2</sup> Er bringt diese Selbstbeschreibung nicht in „Legitimationsprobleme“, sondern in einem Interview, das in „Telos“ veröffentlicht wurde anlässlich seines 50. Geburtstag, wo Habermas sagt: „Für uns, als Marxisten, stellt sich das Problem, die Erfahrungen dieser Bewegungen [für die Befreiung der Schwarzen, für Frauenemanzipation, für nukleare Abrüstung] zu interpretieren.“ (Frühjahr 1979, Seite 165). Meines Wissens hat Habermas diese Selbsteinschätzung nirgends zurückgewiesen.

<sup>3</sup> Dieses Bild stammt aus der Aufzeichnung einer Vorlesung vom 8. Oktober 2008, gehalten von Ökonom Richard Wolff, im Internet auf <http://tinyurl.com/3pthrx>.

<sup>4</sup> Paul Krugman, "What Obama Must Do," *Rolling Stone* (January 14, 2009).

<sup>5</sup> Jürgen Habermas, „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ (edition suhrkamp, 1973), S. 62

<sup>6</sup> Niklas Luhmann war ein einflussreicher Vertreter dieser These. Habermas bezieht sich im vorletzten Abschnitt von „Legitimationsprobleme“ ausführlich auf Luhmann's Argumentation

<sup>7</sup> Paul Krugman, "The Jobs Imperative," *New York Times*, November 30, 2009.

<sup>8</sup> *After Capitalism, Revised Edition* (Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 2011).

<sup>9</sup> Cf. Benjamin Ward, "Market Syndicalism," *American Economic Review* 48 (1958): 566-89.

<sup>10</sup> John Maynard Keynes, "Economic Possibilities for Our Grandchildren," In *Essays in Persuasion* (New York: Norton, 1963), pp. 368-72.

<sup>11</sup> *Ibid.* p. 359.